Kolumbien versucht, sich einen Albtraum vom geschundenen Leib zu schütteln. Der Krieg, der vor fast 60 Jahren zwischen bürgerlichen Konservativen und Liberalen ausbrach und über Jahrzehnte von ihren Nachfolgern – Großgrundbesitzer- und Narcomilizen im häufigen Verbund mit den konventionellen Streitkräften gegen linke Guerillas – ausgefochten wurde, forderte zwischen 220.000 und 260.000 Tote und 60.000 Verschwundene. Nach Abschluss des mit der Regierung Juan Manuel Santos am 22. Juni 2016 vereinbarten Waffenstillstands erfüllte die bis vor kurzem noch aktive, größte Guerilla-Organisation Lateinamerikas, FARC-EP („Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee"), ein Jahr später ihren entscheidenden Beitrag zum kolumbianischen Friedensabkommen vom November 2016. Sie gab unter Aufsicht der UN ihr vollständiges Arsenal mit 14.000 Feuerwaffen ab und hielt im vergangenen August einen Kongress zu ihrer politischen Neufindung als legale Partei ab. Von **Frederico Füllgraf**.

Vergangenheitsbewältigung und konservative Widerstände

Gleichwohl macht es sich Kolumbien schwer mit der Umsetzung des nach 3 Jahren und 9 Monaten zäher Verhandlungen in Kuba am 12. November 2016 unterzeichneten, endgültigen Friedensabkommens. Die Schwierigkeiten der Vertragsparteien begannen mit dem von der Regierung Santos einberufenen Referendum von Anfang Oktober 2016, als die Bürger gefragt wurden, „Stimmen Sie einem endgültigen Abkommen zur Beilegung des Konflikts und dem Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens zu?".

Die Beteiligung von kaum 38 Prozent der Wahlberechtigten verriet eine unerwartet hohe Indifferenz der Kolumbianer gegenüber den Friedensbemühungen. Der seit Jahrzehnten vorherrschende politische Riss im Lande wurde noch einmal vom Abstimmungsergebnis bestätigt, als sich 50,21 Prozent gegen und 49,78 Prozent für die erste Fassung des Friedensabkommens aussprachen.

Die stark von Santos´ ultrakonservativem Vorgänger und ehemaligen *Warlord* Álvaro Uribe beeinflussten Nein-Sager erklärten ihr Votum als „Triumph der Wahrheit". In den Augen der militanten Rechten Kolumbiens ist die FARC nach wie vor eine „Narko-Terroristenbande", die keine Existenz als legale Partei verdient und deren Führer wegen angeblichen „Massenmorden" sofort hinter Gitter gebracht werden sollen. Der Regierung Santos und der FARC blieb nichts anderes übrig, als den mühsam in Havanna ausgehandelten, 297 Seiten starken Befriedungsplan zu überarbeiten, dessen endgültige Fassung die öffentliche

Kritik an 56 der insgesamt 57 Klauseln der Originalfassung berücksichtigte.

Allerdings war schon zu Beginn der Friedensverhandlungen klar, dass zur Verhinderung einseitiger Schuldzuweisungen an dem Krieg ebenso wie zur Aufarbeitung seiner Ursachen, der Erklärungen seiner langen Dauer und seiner Folgen eine nationale Aussöhnung nur mit akribischer und differenzierter Vergangenheitsbewältigung zu leisten wäre.

Auf nachdrückliche Anregung der FARC bildete sich daher die „Kommission für die Konflikt-Geschichte und seiner Opfer“, die mit 12 renommierten Professoren verschiedenster Fachrichtungen und ideologischer Couleur – darunter der kolumbianische Botschafter in Holland, Eduardo Pizarro, der ehemalige Rektor der Universidad Nacional, Víctor Manuel Moncayo, und der systemkritische Soziologe und Schriftsteller Alfredo Molano – schon während der Verhandlungen in Havanna die Streitparteien beriet und maßgeblich für die inhaltliche Bestimmung des Vertragstextes und dessen erfolgreiche Verabschiedung verantwortlich zeichnete. Nichtsdestotrotz verschleppen die konservative Parlamentsopposition, die Staatsanwaltschaft und das Oberste Verfassungsgericht die Implementierung des Friedensabkommens, ehemalige FARC-Kämpfer werden während ihrem Resozialisierungsprogramm nach wie vor von rechten Killerkommandos umgebracht und es fehlt das Geld für die Entschädigung von Millionen Opfern.

Mit 600 Millionen Euro will der Treuhandfonds der EU einen Zuschuss ohne Gegenleistung und Verpflichtung zur Umsetzung des Friedensabkommens bewilligen, dem sich die Schweiz und Norwegen als Nichtmitglieder der EU mit getrennten Beiträgen anschließen wollen. Auch die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau stellte 200 Millionen Euro für eine 10-jährige Betreuung des Friedensprozesses in Aussicht, klärte jedoch nicht sofort, ob die Summe rückzahlungspflichtig ist und wieviel Zinsen Kolumbien dafür hinblättern muss.

Die Anfänge: United Fruit und „Hundert Jahre Einsamkeit”

Über die Stunde null des Konflikts gibt es unter Fachleuten unterschiedliche Versionen. Eine Deutungsströmung besagt, der Konflikt sei bereits in den 1930-er Jahren ausgebrochen, als das Land vom kapitalistischen Fieber heimgesucht, die ersten Gewerkschaften und sozialen Bewegungen geboren wurden und der Aufruf Alfonso Lopez Pumarejos zur Revolution scheiterte. Ein zweiter Interpretationsstrang macht einen gewaltigen Zeitsprung, sieht die Hauptursache in der Entstehung des Drogenhandels und verlegt den Kriegsbeginn in die 1980er Jahre. Ein dritter, plausibler Ansatz, wie der Molanos, erblickt eine 50-jährige Kontinuität der Kämpfe, deren Beginn er mit *La Violencia* in den 1950-er Jahren ansiedelt, doch vom weltweiten Kalten Krieg potenziert und fortgesetzt sieht.

Gabriel García Márquez´ vielübersetztes Meisterwerk „Hundert Jahre Einsamkeit" (*Cien años de soledad*, 1967) führt den Leser jedenfalls auf realhistorische Spuren. In einer Passage aus Kapitel XV (dessen deutsche Fassung von Curt Meyer-Clason mir augenblicklich nicht vorliegt, weshalb ich den Abschnitt aus dem spanischsprachigen Original nochmal frei übersetzt habe) beschreibt die Erzählerstimme einen mörderischen Überfall auf das Dorf Macondo:

> „In der Nacht, nach der Ausgangssperre, brachen sie Türen mit Gewehrkolben auf, jagten die Verdächtigen aus ihren Betten und nahmen sie mit, auf eine Reise ohne Rückkehr … doch das Militär bestritt die Ereignisse gegenüber den Opfer-Angehörigen. `War sicherlich ein Traum´, beharrten die Offiziere. `Nichts ist in Macondo passiert, es passiert nichts, wird auch niemals passieren. Dies ist ein glückliches Dorf ´. Auf diese Weise haben sie die Hinrichtung der Gewerkschaftsführer erledigt".

Das Ereignis wird in der Handlung nicht datiert, doch erfährt der Leser von einem Bürgerkrieg, nachdem sich eine nordamerikanische Bananenfabrik als wichtigster Arbeitgeber im Dorf installiert hat.

García Márquez´ Roman ist eine literarische Bearbeitung des berüchtigten „Bananen-Massakers" (*Masacre de las bananeras*), das am 6. Dezember 1928 vom US-Konzern United Fruit in der Küstenstadt Ciénaga, unweit von Aracataca, dem Geburtsort des Literatur-Nobelpreisträgers von 1982, angerichtet wurde. Den Hintergrund bildete ein Massenstreik von 32.000 Plantagenarbeitern mit vielfältigen Forderungen und es gipfelte in der Androhung einer Invasion Kolumbiens durch die US-Streitkräfte.

Man muss sich die Ereignisse wie in einem von klassischen, kolonialistischen Plattitüden bespickten Drehbuch vorstellen: nachdem United Fruit und amerikanische Offiziere in Telegrammen an das State Department den Streik als „subversiv unterwandert" und „kommunistisch" attackiert hatten, drohte die US-Marine tatsächlich mit einer Landung, falls die kolumbianische Regierung nicht die „Interessen" des Bananen-Konzerns schütze. Die Regierung Miguel Méndez duckte sich, entsandte die Armee und richtete ein Blutbad an.

Jedoch warum passierte das Gemetzel am Bahnhof? Weil das Gerücht ausgegeben worden war, der Provinz-Gouverneur und der Generalmanager von United Fruit würden anreisen, um mit den Streikenden eine Einigung auszuhandeln. Es war jedoch eine hinterhältige Falle: Anstelle des Gouverneurs und des Managers traf General Carlos Cortés Vargas mit 300 Soldaten ein. Er befahl der Menschenmenge den Rückzug. Als sein Befehl keine Wirkung zeigte, erteilte er der Masse eine Minute Frist. Nach Angaben des Historikers Roberto Herrera Soto, Ko-Autor einer akkuraten Untersuchung über das Massaker, soll eine Stimme in der Menge geantwortet haben, "Wir schenken Ihnen die fehlende Minute!". Daraufhin eröffneten die 300 Soldaten Cortés´ das Feuer.

Es seien 47 Tote gewesen, log die Staatsmacht. Nach Angaben Sotos könnten es 2.000 Tote gewesen sein. Allerdings beziffern Zeugnisse von Überlebenden, Erinnerungsschriften und Legenden die Opferzahl auf 3.000 Hingerichtete, deren Leichen ins Meer geschleudert worden seien.

Ein anderer Literatur-Nobelpreisträger und García-Márquez-Freund, der im September 1973 verstorbene chilenische Dichter Pablo Neruda, widmete dem Massaker das Trauer-und Kampf-Gedicht „La United Fruit Co." (Canto General, das von dem griechischen Komponisten Mikis Theodorakis mit einer magistralen Komposition musikalisch in Szene gesetzt wurde – La United Fruit Co live)

Der Mord an Jorge Gaitán und der Bogotazo

Mit der zunehmenden Verzahnung der kolumbianischen Plantagenwirtschaft mit dem von US-Konzernen dominierten Weltmarkt expandierte ein Kapitalismus nacktester Ausbeutung und Entrechtung in die hintersten Flure der kolumbianischen Landschaft und erzeugte Massenverelendung der Landarbeiter. Jahrzehnt für Jahrzehnt griff die Expansion der exportabhängigen Plantagen jedoch auch auf den ursprünglichen Grundbesitz über und ermutigte die tausendfache Vertreibung (*Desplazamientos*) von Kleinbauern von ihren Parzellen.

Nach Angaben kolumbianischer Fachmedien vom Anfang des laufenden Jahrzehnts befanden sich ein halbes Jahrhundert später mehr als 50 Prozent des Landbesitzes in den Händen einer winzigen, aber machtvollen Landlord-Clique, die nicht mehr als 1,5 Prozent der Bevölkerung zählt.

Die unannehmbare Verelendung, die selbst zu Beginn des neuen Millenniums noch 64

Prozent der Landbevölkerung in Armut gefangenhält, war der explosive Hintergrund des sogenannten *Bogotazo* und seiner Folgen: der zwei Jahrzehnte andauernde Bürgerkrieg, genannt *La Violencia* (Die Gewalt), mit annähernd 200.000 Todesopfern.

Auslöser des als Bogotazo in die Geschichte eingegangenen Aufstands vom 9. April 1948 war die Ermordung des namhaften Politikers und Juristen Jorge Gaitán. Der zufällig als Gast des lateinamerikanischen Studenten-Kongresses in Bogotá weilende, gerade 22-jährige Jura-Student Fidel Castro hatte sich mit Gaitán für 2 Uhr nachmittags wegen einer geplanten Protestkundgebung gegen die politische Intervention der USA verabredet. Doch es kam nicht zu dem Treffen, Gaitán wurde wenige Stunden davor erschossen.

Der kolumbianische Jurist und Publizist Gaitàn hatte während seiner bewegten politischen Karriere als Bürgermeister Bogotás, mehrfacher Staatsminister und Parlamentarier über Jahre hinweg als Fürsprecher und Rechtsvertreter der Arbeiter auf den Plantagen von United Fruit gewirkt und sich 1948 als Präsidentschaftskandidat des linken Flügels der liberalen Partei aufstellen lassen. Sein Engagement gegen United Fruit und der Widerstand der Liberalen gegen die Willkür im Lande wurden ihm offenbar zum Verhängnis. Der angebliche Mörder Juan Roa Sierra wurde von einer empörten Menschenmenge gefasst, mit Krawatten geknebelt, über mehrere Straßenblöcke hinweg an den Gliedern geschleift und schließlich an der Plaza de Bolivar zu Tode gelyncht.

Dreißig Jahre später attestierte die kolumbianische Justiz 1978, Roa Sierra sei schizophren gewesen und habe als Einzeltäter gehandelt. Vierzehn Jahre zuvor hatten jedoch die ehemaligen CIA-Agenten David Wise und Thomas B. Ross in ihrem Buch „The Invisible Government“ die Teilnahme des amerikanischen Geheimdienstes an Gaitáns Ermordung bestätigt, deren Hintergründe auch im 2005 produzierten französischen Dokumentarfilm „La fin d´un rêve colombien“ untersucht werden.

Jener 8. April 1948 läutete jedenfalls eine radikale und brutale Wende in der politischen Szene und im gesellschaftlichen Leben Kolumbiens ein. Im Handumdrehen hatte sich nach den Schüssen auf Gaitán in der Innenstadt Bogotás ein Ansturm zahlloser Menschenmassen gebildet, die mit dem Anrücken der Armee Zuflucht im Betondschungel suchten und auf einen Befehl der liberalen Parteiführer hofften, die bereits mit Präsident Mariano Ospina Perez notkonferierten. Mit Werkzeugen und Behelfswaffen ausgerüstet überfielen die Rebellen Baumärkte und beschlagnahmten Waffen auf gestürmten Polizeistationen. Scharfschützen, die in Gebäudegiebeln des Regierungsbezirks Stellung bezogen hatten, konnten nur mit großer Mühe die Erstürmung des Präsidentenpalastes und die Tötung des

konservativen Staatschefs verhindern, dessen sofortiger Rücktritt gefordert wurde. Vereinzelt schlossen sich Polizisten und Militärs dem Aufstand an, Geschäfte wurden massenweise geplündert, Kirchen und Straßenbahnen in Brand gesteckt, nahezu 140 Gebäude von dem Ansturm dem Boden gleichgemacht. Der Aufruhr dauerte zwei Monate und forderte nach inoffiziellen Schätzungen 3.000 Tote.

Die lange Nacht der *Violencia* als Geburtsstunde der FARC

In Bogotá war in jenen Tagen die IX. Panamerikanische Konferenz unter der Führung der USA versammelt, die die lateinamerikanischen Regierungen für einen Vertrag zur Illegalisierung kommunistischer Organisationen unter Druck setzte; ein Abkommen, das bald in der Gründung der Organisation der Amerikanischen Staaten (im Spanischen als OEA abgekürzt) münden sollte. In Parallelhandlung bereitete die liberale Partei im Kongress eine Misstrauensabstimmung gegen Ospina vor. Als der Staatschef davon Wind bekam, beschloss er die gewaltsame Auflösung des Parlaments mit der Einleitung autoritärer Dekrete, die ab 1949 schließlich die Machtübernahme durch eine 10 Jahre andauernde, blutige Diktatur einleiteten.

Die Reaktion des autoritären Regimes ließ nicht auf sich warten, bald setzte die Hexenjagd auf die Liberalen ein, die sich zu Tausenden ins Hinterland retteten und dort Selbstverteidigungs-Milizen und in Einzelfällen Guerilla-Einheiten gründeten. Zu den flüchtigen Liberalen zählte ein gewisser Pedro Antonio Marín Marín, Lebensmittelhändler in Bogotá, der bald unter dem Alias **Manuel Marulanda Vélez** (siehe Bilder) und später **Tirofijo** („Treffsicherer Schütze“) zur Legende wurde. Mit Sympathisanten der Liberalen und der Kommunisten unter armen Bauern gehörte er bald zu den Begründern der Miliz „Los chusmeros“ (soviel wie „Die Anstößigen“), die sich bewaffnet gegen die Vertreibungen und Ermordung durch Häscher der Großgrundbesitzer, der Armee und gewöhnlicher Banditen schützten.

Im Bündnis mit der Kommunistischen Partei Kolumbiens sowie radikalisierten Bauern beteiligte sich Marulanda sodann an der Gründung der sogenannten „repúblicas independientes“ (unabhängige Republiken), die im Hinterland mit politischer Autonomie gegnerische Angriffe abwehrten und eigene Wirtschaftssysteme in Gang setzten. Als bekannte „unabhängige Republik“ ging Marquetalia in die Geschichte ein, die 1964 von counter-insurgency-Kommandos des CIA und der kolumbianischen Armee liquidiert wurde.

Mit den Überlebenden gründeten die beiden führenden Miliz-Kommandanten, Manuel

Marulanda und Jacobo Arenas, die professionell ausgebildete Guerilla-Gruppe „Bloque Sur“, die sich im Bündnis mit Abspaltungen konkurrierender Partisanen-Kommandos, wie der Nationalen Befreiungsarmee (ELN), zu einer robusten, mobilen Guerilla-Armee formierte. Man schrieb den 5. Mai 1966 und es war die Geburtsstunde der FARC, die sich zunächst zum militärischen Arm der Kommunistischen Partei Kolumbiens erklärte.

Ihre Anfänge konnten hier nur angedeutet, die Darstellung ihrer politisch-militärischen Entwicklungsgeschichte muss fachkompetenten Autoren und Szene-Insidern überlassen werden. Unter den zumeist spanischsprachigen, deutschen Lesern nicht immer zugänglichen Publikationen sollte die erstklassige Biografie Arturo Alapes – “Las vidas de Pedro Antonio Marín, Manuel Marulanda Vélez, Tirofijo – Die Leben des Pedro Antonio Marín, Manuel Marulanda Vélez, Treffsicherer Schuss” (Verlag Planeta, 1989) als *must read* empfohlen werden.

Selbstverständlich gehören dazu kritische Analysen der ideologischen und ethischen Verirrungen der FARC, aber auch die Deutung ihres ersten Versuchs, nach den gescheiterten Friedensverhandlungen der 1980-er Jahre mit „Unión Patriótica“ als erfolgreiche, legale, politische Partei aufzutreten. Nachdem jedoch nahezu 5.000 führende Mitglieder der Unión – darunter zwei Präsidentschaftskandidaten – von Paramilitärs und Killerkommandos der Narcoszene ermordet wurden, trat die eingeschüchterte Restpartei den Rückzug bis zur Selbstauflösung an.

Friedensprozess, Morde, konservative Torpedierung und Finanzierungsengpass

August 2017. Neue Nachtgespenste rauben Regierung Santos und FARC den Schlaf. Kaum war das Friedensabkommen in Kraft getreten, wurden zwischen vergangenem März und Juli sechs aktive und ehemalige FARC-Mitglieder in Hinterhalten ermordet. Juan Fernando Amaya wurde die Kehle durchgeschnitten, in einem anderen Fall wurde die gesamte Familie eines FARC-Mannes umgebracht. Die Mordserie löste Alarm aus, sie bedeutet eine grobe Verletzung der mit der Regierung ausgehandelten Schutzgarantien für ehemalige FARC-Kämpfer.

Doch auch andere Gründe dämpften den Optimismus. So lehnte im vergangenen Mai das kolumbianische Verfassungsgericht die sogenannte „fast track“-Klausel in der eingereichten Friedensakte ab, die im Dezember 2016 mit dem Ziel in Kraft trat, geplante Gesetzes- und Verfassungsänderungsanträge für den Friedensprozess zu beschleunigen. Hinter dem

Gerichtsentscheid steht die Offensive der konservativen Partei des sogenannten „Demokratischen Zentrums“ unter Führung Uribes, der Santos die Umgehung des Parlaments und autokratische Entscheidungen vorwirft. Die Taktik Uribes ist jedoch durchschaubar. Sein Kalkül ist, die Implementierung des Friedensabkommens bis 2018 hinauszuzögern, wenn der Kalender neue Präsidentschaftswahlen in Kolumbien vorsieht. Sollte seine Partei, eventuell er selbst, aus dem Disput als Sieger hervorgehen, dann ist die Liquidierung des Abkommens zwischen Santos und der FARC abgemachte Sache.

Allerdings stößt die Befriedung des Landes auch auf eine physische Grenze. Nahezu 7 Millionen Vertriebene, die ihr bescheidenes Hab und Gut fluchtartig verließen, weil sie während der Kämpfe zwischen die Fronten geraten waren, haben Anrecht auf Reparationszahlungen. Das sogenannte „Ley de Víctimas“ (Opfer-Gesetz) bestimmte, dass administrative Entschädigungen ab 1985 und die Rückgabe verlorenen Anbaulandes seit 1993 beantragt werden können.

Auf dieser Grundlage wurden immerhin bisher 690.000 Opfer mit umgerechnet 1,6 Milliarden Euro staatlicher Mittel entschädigt. Obwohl damit maximal 10 Prozent der Entschädigungsberechtigten bedient wurden, warnte Santos bereits Mitte August, es gäbe „keine Mittel für die gleichzeitige Reparation aller Opfer”. Die Wiedergutmachung werde sehr viel Zeit in Anspruch nehmen und erfordere Geduld (No hay recursos para reparar a todas las víctimas al mismo tiempo – Blueradio, 14.08.2017).